

Stand

EDU+UDF punkt

Christlich-politische Monatszeitung
Offizielles Organ der Eidgenössisch-
Demokratischen Union EDU

35. Jahrgang | Nr. 3 | März 2015 | www.edu-schweiz.ch

Auflage: 30000

DIE EDU WIRD GERNE GESEHEN –
ODER DOCH NICHT?

Keine Heirat

Noch vergehen bis zu den Nationalratswahlen 2015 einige Monate, doch der Kampf hat bereits begonnen. Es wird gerechnet und es werden Prognosen gestellt.

Die EDU hat verschiedene Anfragen hinsichtlich Listenverbindungen für die Nationalratswahlen 2015 an andere Parteien gerichtet. Andererseits wurden EDU-Kantonalsektionen von anderen Parteien für Listenverbindungen angefragt. Basierend auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre in den Kantonsparlamenten oder der mangelnden Zusammenarbeit in Lebensrechts- oder ethischen Aufgaben in der Kantonalsektion drängen sich Listenverbindungen auf oder werden verunmöglicht. Damit können Parteistimmen verschiedener Parteien zusammengetragen werden und kleinere Parteien erhalten die Möglichkeit, vereint einen Sitz zu verteidigen oder die Reststimmen aus verschiedenen Listen verhelfen zu einem Sitz. So gehen weniger Parteistimmen verloren. Ohne Listenverbindung kann es vorkommen, dass genau das Gegenteil von dem passiert, was der Wähler wollte. Gehen nämlich seine Stimmen verloren, erhöhen sich bei den Gegnern die Chancen und mit weniger Listenstimmen kann eine andere Partei zu einem Sitz kommen.

Listenverbindungen sind keine Verbindung oder Gleichstellung von verschiedenen politischen Strategien. Die Wahl- oder Parteileitung versucht damit lediglich bei einer Nichtwahl der eigenen Kandidaten, dem bestmöglichen Vertreter der Verbindungspartei Unterstützung zu geben.

Wichtig und ausschlaggebend wird am 18. Oktober 2015 sein, dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ihre Wahlmöglichkeit wahrnehmen und mit Ihrer Stimme aufrichtig gläubige Frauen und Männer nach Bern schicken! Wahlabstinz bewirkt nicht nur das Fehlen von Listenstimmen, sondern erhöht zudem die Chance der Gegenpartei.



Schon heute danken wir allen Wählerinnen und Wählern für das Einlegen der unveränderten EDU-Liste.

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

ZUNEHMENDER ANTISEMITISMUS
IN EUROPA

Bibel ist «Roadmap» für Frieden

70 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz fühlen sich Juden in Europa bedrohter denn je. Gestern Paris, heute Kopenhagen, wer ist morgen an der Reihe?

Wie schon nach dem Anschlag auf den Koscher-Supermarkt in Paris den französischen Juden, rief der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu auch den Juden in Dänemark zu: «Ich sage den Juden Europas – Israel ist euer Heim.» Obwohl sich die Rückkehr der Juden in ihr verheissenes Land und damit die Erfüllung der Prophetie (z. B. Sacharja 8, 7-8) seit Jahrzehnten vor unseren Augen abspielt, wird Netanjahu einer Instrumentalisierung der Anschläge bezichtigt. Weil er zu keiner Friedenssprechung Zweistaatenlösung bereit sei, gefährde er nicht nur die Juden in Israel, sondern weltweit. Kämpft Israel nicht schon seit Jahrzehnten den Kampf gegen radikale und zu allem bereite Islamisten, der nun auch auf Europa übergeschwappt ist? Letztes Jahr haben ca. 7000 Juden Frankreich in Richtung Israel verlassen, also Alijah gemacht – für Juden ein Aufstieg! – für Europa der weitere Abstieg auf dem Weg in die Gottlosigkeit? Seit ihrer Gründung vor 40 Jahren steht die EDU als Partei hinter Israel und dem jüdischen Volk – daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Eveline Rytz



Bild: Harold Salzmann

«... und will sie heimbringen, dass sie in Jerusalem wohnen.» Sach. 8,8a

40 Jahre EDU Schweiz!

Das Jahr 2015 ist für die EDU nicht nur wegen den nationalen Wahlen ein ganz besonderes, sondern auch, weil sie ihr 40-Jahr-Jubiläum feiern darf.

Unsere Mitgliederversammlung vom Samstag, 11. April 2015, 13.30 Uhr im Hotel Olten, Bahnhofstrasse 5, 4601 Olten steht denn auch ganz im

Zeichen dieser Ereignisse. Wir freuen uns, zahlreiche Mitglieder aus der ganzen Schweiz in Olten begrüßen zu dürfen. Das eigentliche Jubiläumfest wird am Samstag, 22. August 2015 in Huttwil BE stattfinden. Gerne nehmen wir noch Anregungen zu diesen Feierlichkeiten entgegen.

Hans Moser,
Präsident EDU Schweiz



Bild: Harold Salzmann

SCHULUNGSTAG FÜR KANDIDIERENDE,
WAHLHELFER, VORSTANDSMITGLIEDER UND EDU-FREUNDE

Klar sprechen – spannend vermitteln!

Wussten Sie schon, dass die EDU dieses Jahr 40 Jahre alt wird? Wussten Sie auch, dass die EDU im Herbst wieder einen Nationalratsstz (wenn nicht zwei) erobern möchte. Dazu braucht es einerseits eine treue Wählerschaft und andererseits Kandidierende mit einem soliden Fachwissen.

Aus diesem Grund organisiert die EDU eine Schulung, an welcher sich die Teilnehmenden die notwendige Zurüstung für den herausfordernden Nationalrats-Wahlkampf holen können. Nach den positiven Erfahrungen während des

dreitägigen Seminars von letztem Herbst, ist es der EDU gelungen, den national bekannten Politologen, Dr. Louis Perron von Perron Campaigns nochmals für einen Tag zu verpflichten. Menschen, die bereits an seinen Seminaren teilgenommen haben, äussern sich u. a. wie folgt: Er ist smart. Er spricht klar. Er vermittelt spannend. Er hat Humor. Er ist kompetent. Er ist erfolgreich. Genau das wollen wir auch sein! Deshalb treffen wir uns am: **Samstag, 18. April 2015, von 9.30–15.30 Uhr, im Hotel Olten, Bahnhofstrasse 5, 4601 Olten.**

Detaillierte Angaben zum Programm finden Sie in unserer April-Ausgabe. Wir freuen uns schon jetzt auf Ihre Teilnahme!

Hans Moser, Präsident,
Roland Haldimann, Vize-Präsident

Impressum

Herausgeber/Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach, 3601 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Redaktion und Marktplatzerate

033 222 37 07
redaktion@edu-schweiz.ch
Fax 033 222 37 44

Anzeigenverkauf (ohne Marktplatz)

031 818 01 42
inerate@edu-schweiz.ch
Postcheck 30-23430-4
(IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4)
www.edu-schweiz.ch
Abo: CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5% MWST)

Redaktion

Hans Moser, Daniel Beutler,
Arthur Gasser, Roland Haldimann,
Thomas Käser, Lisa Leisi,
Eveline Rytz (Schlussredaktion),
Harold Salzmann (Layout)

Schreibende geben ihre
persönliche Ansicht wieder.

Layout: EDU
Druckvorstufe, Druck und
Spedition: www.jordibelp.ch

Erscheint monatlich, 11 Ausgaben

Anmeldetalon

Ich melde mich/uns zum EDU-Schulungstag
vom 18. April 2015 in Olten an:

Vorname/Name: _____

Adresse: _____

PLZ und Ort: _____

Telefon/E-Mail: _____

Talon bis spätestens 10. April einsenden an:

EDU Schweiz, Postfach, 3601 Thun Fax 033 222 37 44



NOCH 7 MONATE BIS ZU DEN NATIONALRATSWAHLEN...

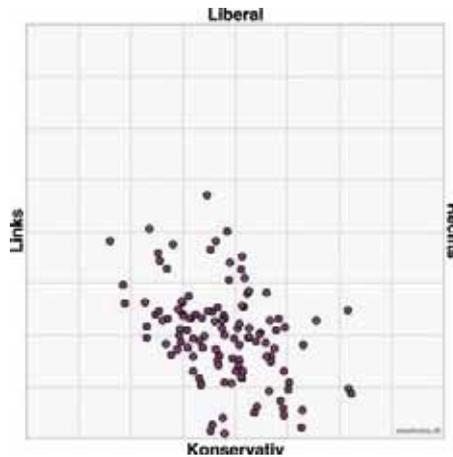
EDU definiert Kernthemen

Die EDU ist eine Partei von politisch interessierten Christen, die basierend auf einer christlichen Weltanschauung Politik betreiben.

Auf der Grafik ist ersichtlich, wo die EDU und ihre Kandidatinnen und Kandidaten bei den letzten Nationalratswahlen im zwei-dimensionalen politischen Spektrum zu verorten waren. Dieses Modell unterscheidet zwischen zwei Hauptachsen: links-rechts und liberal-konservativ. Zum einen fällt auf, dass praktisch alle Kandidierenden der EDU im konservativen Bereich zu finden sind. Gleichzeitig ist auch ersichtlich, dass die Punkte-Wolke der EDU-Politiker sehr breit gestreut ist. Das bedeutet, dass es innerhalb der EDU eine relativ grosse Vielfalt an politischen Ansichten gibt. Der Umgang mit dieser Vielfalt bringt manchmal grosse Herausforderungen mit sich.

Was bewegt die Basis?

Dazu hat sich die EDU die Frage gestellt, was unsere Kernthemen sind, die von 90–95 % unserer Wählerbasis getragen werden. Nach reiflichen Überlegungen hat die Geschäftsleitung der EDU Schweiz diese Kernthemen klar definiert. Sie beinhalten u. a. den Schutz des Lebens von



der Zeugung bis zum natürlichen Tod, voller Einsatz für die Familie, ein starkes Engagement für Menschen am Rande der Gesellschaft wie zwangsprostituierte Frauen und Drogenabhängige, die Verteidigung des christlichen Erbes der Schweiz, die Solidarisierung mit verfolgten Christen und ein klares Freundschaftsbekenntnis zu Israel und dem jüdischen Volk. In den kommenden Ausgaben des «EDU-Standpunkts» werden wir die Kernthemen der EDU näher erläutern. Vor den Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 sollen Sie, werte Leserinnen und Leser, genau wissen, was der EDU wichtig ist und wo sich die Partei in Zukunft politisch stark machen möchte.

Samuel Kullmann,
Politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

EINE FRAGE AN CHRISTIAN BRUNNER

Weshalb wählen Sie die EDU?

«In unserer schnelllebigen und hektischen Zeit brauchen wir auch auf politischer Ebene Werte, die Bestand haben. Das Bekenntnis zur Familie, der Schutz des ungeborenen Lebens, klare biblische Standpunkte sowie das Bekenntnis zum Staat Israel zeichnen die EDU aus. Damit ich mein Stimm- und Wahlrecht als privilegierter Schweizer Bürger verantwortungsbewusst wahrnehmen kann, orientiere ich mich gerne an der EDU. Die Parolen sind auch für den normalen Bürger gut verständlich. Deshalb wähle ich aus Überzeugung diese Partei!»



Christian Brunner, 28-jährig, verheiratet, Ausbildung zum Automechaniker, tätig als Automobildiagnostiker, Vorstandsmitglied EDU Frutigen, wohnhaft in Frutigen BE

ATTENTATE IN PARIS

Je ne suis pas Charlie!

Unglaublich, wie gedankenlos sich Christen der weltweiten Euphorie über vermeintliche Meinungsfreiheit angeschlossen haben: Langfädige Diskussionen, millionenfache Demonstrationen, täuschende Solidaritätskundgebungen der Mächtigen der Welt.

Unsere Bundesverfassung garantiert in Art. 16 Abs. 1+2: «die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet. Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten». Gibt es auch Grenzen der Meinungsfreiheit? Das Strafgesetzbuch StGB antwortet absolut klar in Art. 261: «Wer öffentlich und in gemeiner Weise die Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott, beschimpft oder verspottet, oder Gegenstände religiöser Verehrung verunehrt, wird bestraft.» Ein wichtiger Artikel, der aber heute (fast) nicht mehr durchgesetzt wird.

Einsatz für Jesus

Noch nie wurde Jesus Christus derart verhöhnt, entehrt und lächerlich gemacht, wie in den letzten Jahrzehnten. Kunst und Satire, u. a. auch «Charlie Hebdo» überschritten die Grenzen des Zumutbaren schon lange. Ihre Karikaturen über die islamische Welt aber auch das Judentum und Christentum empörten keine Seele mehr! Weshalb auf einmal dieser weltweite Aufstand? Sind es die grausamen Morde der Attentäter oder doch eher ein Zeichen der Abwendung von den göttlichen Geboten? Nachfolger Jesu sollten sich an die Wahrheit halten, je su (i) s kann auch Jesus bedeuten!

«Ich bin» kann ich nur erkennen, wenn ich die Wahrheit kenne – Jesus Christus! Wie fest wünschte ich mir, dass v. a. junge Christen nicht nachäffen und «Je suis Charlie»-Parolen übernehmen, sondern ihr Recht auf freie Meinungsäusserung dazu verwenden, dass der Name Jesu nicht missbraucht wird.

a. NR Christian Waber

Soll/kann die Schweiz 100 000 Flüchtlinge aus Syrien/Irak aufnehmen?

Es ist bedenklich, dass man sich an die Schreckensmeldungen aus den Bürgerkriegen in Irak, Syrien, Libyen, Nigeria, Somalia, Yemen, Sudan, usw. gewöhnt hat, wo sich islamische Gruppierungen, Rebellen und Regierungstruppen mit brutalsten Methoden bekämpfen.

Angehörige christlicher oder anderer Minderheiten werden dabei z. T. systematisch vernichtet. Paradoxe Weise geschieht dies am brutalsten in den von ihren Diktatoren «befreiten» Staaten. Vorher wurden die christlichen Minderheiten der Kopten und Orthodoxen unter den ehemaligen Diktatoren Muammar Gaddafi in Libyen, Husni Mubarak in Ägypten, Saddam Hussein im Irak und Baschir al Assad in Syrien von den damaligen Regierungen meist toleriert und in Ruhe gelassen, solange sie sich nicht an regierungskritischen Oppositions-Aktivitäten beteiligten. Die Entwicklung dieser Bürgerkriege zeigt die hilflose und kurzsichtige Politik von USA und Westeuropa gegenüber diesen Ländern. Krass wird dies z. B. in Libyen sichtbar, wo westliche Staaten mit Luftangriffen wesentlich zum Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes beigetragen haben, sich aber anschliessend kaum um die Errichtung eines funktionierenden Staates kümmern. Sie schauen zu, wie sich die verschiedenen Milizen in blutigen Kämpfen zerfleischen und nebenbei die (Erdöl-) Infrastruktur zerstören, obwohl das libysche Öl Hauptgrund für das westliche Eingreifen war. Als lachende Dritte könnten auch in Libyen die Islamisten die Oberhand gewinnen. Sie gehen u. a. wie kürzlich in Sirte geschehen, systematisch gegen Angehörige der christlichen Minderheiten vor. In Syrien haben die westlichen Staaten mangels Erdöl-Interessen nicht direkt eingegriffen und dafür Rebellen mit Waffenlieferungen unterstützt. Diese Waffen dienen z. T. heute der IS-Killermiliz, welche auch von der irakischen Armee erbeutete ameri-

kanische Waffen für ihre mörderischen Aktionen im Kriegschaos gegen anders Denkende verwendet.

Leid und Flüchtlingselend

Die Nachbarstaaten Syriens Türkei, Libanon und Jordanien werden von Flüchtlingsströmen heimgesucht, die von diesen Ländern schwerlich verkräftet werden können. In Flüchtlingslagern werden von lokalen Behörden, der Bevölkerung und Institutionen enorme Hilfeleistungen vollbracht. Diese Länder sind auf wirksame und grosszügige Hilfe aus anderen Staaten angewiesen, um die riesige Notlage bewältigen zu können. Hier ist auch die Schweiz gefragt, noch mehr wirksame humanitäre Hilfe zu leisten und die Behörden und Hilfsorganisationen vor Ort aktiv, z. B. im Bereich Logistik, zu unterstützen. Dies ist effizienter und hilft den Betroffenen besser, als der «Import» von Flüchtlingen in die Schweiz.

Unser Land hat in ausserordentlichen Situationen immer wieder mit speziellen Massnahmen Flüchtlingsgruppen aufgenommen: z. B. 1956 aus Ungarn, 1968 aus der damaligen Tschechoslowakei, in den 90er-Jahren aus dem Jugoslawien-Bürgerkrieg, usw. In Syrien/Irak steht die Hilfe vor Ort im Vordergrund, weil mit den verfügbaren Mitteln diesen Menschen dort am wirksamsten geholfen werden kann. Falls syrische und/oder irakische Flüchtlinge in die Schweiz transferiert werden sollten, müsste sich dies auf Mitglieder der christlichen Minderhei-

ten beschränken, so diese in den islamischen Nachbarstaaten ungenügend geschützt werden können. Wer verlangt, dass 100 000 Flüchtlinge aus Syrien/Irak in die Schweiz geholt werden, weiss, dass dies aus praktischen Gründen nicht möglich ist und verlangt dies 2015 primär aus wahltaktischen Gründen. Die Schweiz müsste zuerst konsequent die zahlreichen illegalen Einwanderer ausschaffen, welche die Asylkapazitäten verstopfen.

Finger auf wunden Punkt legen

Die Schweiz muss als UNO-Mitglied z. B. ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien und den USA nutzen, um die Auswirkung von deren offizieller und inoffizieller Aussenpolitik aufzuzeigen. Die arrogante Grossmachtspolitik der USA hat unter dem Vorwand von Nine-Eleven (9/11) und dem sogenannten Krieg gegen den Terror durch ihre Kriegshandlungen in Irak und Afghanistan den islamischen Terror geradezu gefördert. Saudi-Arabien ist der heimliche und fiese Hintenherum-Finanzierer von islamischen Mörderbanden im Nahen Osten. Dass dieses Land intern eine menschenverachtende Unterdrückung von Religions- und Meinungsfreiheit praktiziert, beweist die Verurteilung des saudischen Menschenrechts-Aktivistin Raif Badawi. Er wurde im November 2014 wegen Beleidigung des Islams zu 10 Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben, aufgeteilt in 20x50 Hiebe jeweils nach dem Freitagsgebet verurteilt. Die erste öffentliche Auspeitschung hat der Verurteilte angeblich am Freitag, 9. Januar 2015 verabreicht bekommen. Er wird nicht viele dieser 50er-Auspeitschungen überleben. Sein Vergehen: Er hatte im Internet die saudische Religionspolizei kritisiert und eine gleichwertige Behandlung von Muslimen, Juden, Christen und Atheisten verlangt. Das war für die saudischen Herrscher zu viel. Dieses Urteil wird kaum etwas an der Politik von USA und Westeuropa inkl. Schweiz gegenüber Saudi-Arabien ändern, leider.

VOLKSABSTIMMUNG VOM
8. MÄRZ 2015

EDU-Parolen

1. Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»: JA

2. Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»: NEIN

Nach uns die Sintflut...

Am 30. Januar 2015 hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) informiert, dass sich die Abklärungen für ein Endlager für mittel- und stark radioaktive Abfälle von bisher sechs, neu nur noch auf zwei Standorte konzentrieren. Weitere Untersuchungen würden nur noch in den beiden Gebieten «Zürich-Nordost» in der Region Benken zwischen Andelfingen und Schaffhausen und «Jura Ost» in der Region Bözberg im Kt. Aargau stattfinden.

Wie leider bisher in der Schweiz üblich bei Verlautbarungen der NAGRA über ihre Arbeit, geht bei Politik, Umweltorganisationen und Medien ein lautes Zettermordio los, nach dem St. Florians-Prinzip: Nur nicht bei uns! Sachliche Information ist eher die Ausnahme. Man profitiert zwar gerne von der zuverlässigen 40 %-Versorgung mit Strom aus Kernkraftwerken im In- und Ausland und von den medizinischen Möglichkeiten mit radioaktiven Substanzen – mit den daraus entstehenden Abfällen und ihrer Entsorgung will man aber nichts zu tun haben. Neben realen, effektiv noch offenen Fragen dienen dabei z. T. an den Haaren herbeigezogene formale oder technische Details als gross aufgeblasene Ablehnungsgründe. Wahre Künstler in der Konstruktion von angeblichen Ablehnungsgründen sind links-grüne Gruppierungen, denen es seit den 80er-Jahren nie effektiv um die Sicherheit von AKWs oder Endlagern ging, sondern nur um die Verhinderung der Arbeit der NAGRA und deren Nachweis der sicheren Lagerung von radioaktiven Abfällen. Dies hätte die Schliessung der bestehenden AKWs zur Folge, was seit jeher das klare Ziel von Links-grün ist. Wem die effektive Sicherheit von Kernenergieanlagen inkl. der Endlagerung von radioaktiven Abfällen ein ernsthaftes Anliegen ist, ist aktiv bemüht, die bestehenden Probleme zu lösen und entspre-

chende Anlagen zu realisieren, sie nicht zu verhindern und das Problem in unverantwortlicher Weise der nächsten Generation in die Schuhe zu schieben.

Übrigens die 1972 von den Betreibern der Schweizer AKWs und dem Bund gegründete technisch-wissenschaftliche Organisation NAGRA mit Sitz in Wettingen, erfüllt bei ihrer Suche nach geeigneten Endlagerstandorten für radioaktive Abfälle einen gesetzlichen Auftrag, der im Kernenergiegesetz (KEG) nachzulesen ist.

Was geschah früher mit radioaktiven Abfällen?

Zwischen 1969 und 1982 versenkte die Schweiz gut 5000 Tonnen schwach- und mittelaktive Abfälle an drei Standorten im Atlantik. Dies erfolgte gemäss den gesetzlichen Vorgaben und internationalen Abkommen unter Aufsicht der NEA (Nuclear Energy Agency der OECD), in gemeinsamen Aktionen mit anderen europäischen Ländern.

Die NAGRA wies bereits 1988 wissenschaftlich nach, dass ein Tiefen-Endlager in der Schweiz technisch möglich ist. 1992 beschloss der Bundesrat, auf diese Art der Entsorgung zu verzichten und stattdessen ein Zwischenlager für alle radioaktiven Abfälle zu bauen. Dieses ist seither in Würenlingen in Betrieb und kann die radioaktiven Abfälle aus der Schweiz bis ca. 2040–2050 lagern. In dieser Zeit kühlen die Brennelemente ab und verlieren einen grossen Teil ihrer radioaktiven Strahlung. Dann muss das Tiefenlager für die Endlagerung bereitstehen. Bevor die abgebrannten Brennelemente aus den AKWs ins Zwischenlager Würenlingen kommen, lagern sie während mehreren Jahren in den Abklingbecken der Reaktorgebäude und dann in den Castor-Behältern in den AKW-eigenen Lagerräumen, wo sie weiter abkühlen. Ich habe im AKW Beznau in einem solchen Lagerraum diese Castor-Behälter besichtigen können. Mein Infrarot-Thermometer zeigte an deren Oberfläche ca. 60 °C an, was in diesem Stadium normal ist.

Realität ist anders

Tatsache ist, dass unsere radioaktiven Abfälle in der Phase ihrer stärksten radioaktiven Strahlung, abgeschirmt durch

technische und bauliche Massnahmen, in unserer eigenen unmittelbaren Umgebung lagern! Erst nach ihrer «Akutphase» werden sie in Tiefen-Endlager transportiert. Wer dies aus politischen und/oder ideologischen Gründen erschwert oder verhindert, handelt verantwortungslos. Sinnvoll ist aus meiner Sicht auch die Entwicklung und Realisation von Technologien, welche bei der Kernenergie keine hochradioaktiven Abfälle hinterlässt, oder gar ermöglicht, diese «fertig» zu verbrennen, damit die Menge der radioaktiven Abfälle und deren Strahlung massiv verringert wird. Eine solche Reaktorvariante hat das Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin mit seinem Atomreaktor-Projekt Dual Fluid Reactor (DFR) entwickelt. Dieser Reaktortyp hat eine hervorragende Ökobilanz und nutzt die Spaltprodukte derart gut, dass keine langlebigen strahlenden Abfälle entstehen. Er könnte eventuell gar bisherige Abfallbrennelemente aus AKWs nutz- und gewinnbringend «verheizen». Der DFR hat eine sogenannte inhärente physikalische Sicherheit, welche Kernschmelzen wie in Fukushima physikalisch unmöglich machten. Ein neuer Reaktortyp aus einer Kombination von Technologien der 4. Reaktorgeneration für die Kernenergiegewinnung, welcher Nachteile bisheriger Systeme intelligent löst. Solche Strategien wären weit sinnvoller, als der von Bundesrat und Parlament hysterisch beschlossene Atomausstieg ohne reale Ersatzlösung.

a. NR Markus Wäfler



Anlieferung eines Transportbehälters für hochradioaktive Abfälle beim ZWILAG

Politische Hamas aus EU-Terrorliste gestrichen

Kürzlich hat der EU-Gerichtshof in einem erstinstanzlichen Urteil verlangt, dass die Palästinenserorganisation Hamas von der EU-Terrorliste gestrichen wird.

Im Jahr 2001 hatte die EU ihre Terrorliste erstellt und darin auch die militärische Organisation Hamas aufgeführt. 2003 ergänzte die EU diese Liste auch mit der politischen Organisation der Hamas, welche nun auch auf der Terrorliste geführt wurde. Die Aufführung ihrer politischen Organisation auf der Terrorliste, hatte die Hamas mit einer Klage angefochten, aufgrund derer nun der oben erwähnte Entscheid des EU-Gerichtshofes erfolgte. Die Hamas verwies auf ihre demokratische Legitimation durch Wahlen im Gazastreifen, welche sie als legitime Regierung des Gazastreifens ausweise. Der Entscheid des EU-Gerichtshofes wird damit begründet, dass er aus rein verfahrenstechnischen Gründen erfolgt sei. Die inhaltliche Frage, ob die Hamas wirklich eine Terrororganisation sei, wurde vom EU-Gerichtshof im erwähnten Verfahren nicht überprüft. Bemängelt wurde, dass die EU die Hamas damals nicht auf Grund von nationalen Behörden überprüften Fakten auf die Ter-

rorliste setzte, sondern lediglich auf der Basis von Informationen aus Presse und Internet. Deshalb sei die Aufführung der (politischen) Hamas auf der Terrorliste nichtig und müsse korrigiert werden.

Wie viel Dummheit und Naivität ist am EU-Gerichtshof gestattet?

Meinen die EU-Richter in Luxemburg wirklich, dass die zwar mangels besserer Alternativen von der palästinensischen Bevölkerung gewählte Hamas als Regierung des Gazastreifens dem EU-Gerichtshof bestätigen würde, dass sie eine Terrororganisation ist? Oder hat der EU-Gerichtshof vielleicht übersehen, dass die Hamas im Gazastreifen die eigene palästinensische Bevölkerung mit brutalstem Terror unterdrückt und als Kanonenfutter für israelische Angriffe missbraucht? Hat das Richtergremium die Terrorangriffe der Hamas aus dem Gazastreifen auf die Zivilbevölkerung in Israel und die maschinell gegrabenen kilometerlangen Tunnels unter die israelischen Siedlungen und Kibbuzim entlang des Gazastreifens als freundschaftliche Geste eingestuft? Jedenfalls wäre es im Interesse einer Institution wie des EU-Gerichtshofes in Luxemburg angebracht, vor einem derartigen Beschluss-Unsinn

die Fakten zu überprüfen, wenn man sich Gericht schimpft, das eigentlich Recht sprechen sollte.

Bleibt zu hoffen, dass sich die EU dies nicht gefallen lässt und den erstinstanzlichen Entscheid an die nächste Instanz weiterzieht und den Herren und Damen Richter am EU-Gerichtshof in Luxemburg die nötige Rechtslektion erteilt. Wenn nicht, müsste sich das betreffende Richtergremium selbst entlassen und für ein paar Jahre unter dem Regime der Hamas im Gazastreifen leben. Vielleicht würde dies helfen.

a. NR Markus Wäfler



Bild: Gerichtshof der Europäischen Union

KURZ NOTIERT

Deutschland: Aldi Süd knickt vor Islamisierung ein

In diesen Tagen wird viel darüber diskutiert, ob es im deutschsprachigen Raum einen vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Islam und eine «Islamisierung» gibt. Aldi Süd straft derzeit all jene Lügen, welche behaupten, dass es keine Islamisierung gebe.

Aldi Süd hat gerade in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den kompletten Bestand der Cremeseife «Ombia – 1001 Nacht» aus den Regalen genommen. Erst im Dezember 2014 war die Cremeseife mit einer neuen orientalischen Duftnote herausgekommen. Und um den multikulturellen orientalischen Ton zu unterstreichen, sah man auf dem Etikett auch die Silhouette einer Moschee. Doch Aldi Süd hatte das Produkt offenkundig noch nicht vom Bundesverband zugewandelter Mitbürger absegnen lassen. Und so gab es allen Ernstes Beschwerden, wonach die neue Cremeseife von Aldi Süd wegen der abgebildeten orientalischen Moschee den Islam beleidige.

Bei Facebook und in anderen Portalen schäumte die Erregung über den angeblich beleidigten Islam so schnell über, dass man bei Aldi Süd offenkundig Angst bekam. Schliesslich hatten Muslime in Frankreich ja gerade erst gezeigt, wozu manche von ihnen imstande sind, wenn sie den Islam beleidigt wähnen.

Und obwohl es sich beim Etikett für die Cremeseife nicht einmal um eine Karikatur handelte, knickte Aldi Süd ein und liess sofort alle Packungen Cremeseife »Ombia – 1001 Nacht« aus den Regalen nehmen. Die Aktion belegt deutlich, wie viel Angst wir schon vor dem Islam haben. Und Aldi Süd entschuldigte sich deshalb auch sofort bei allen Muslimen. {...}

Udo Ulfkotte

Werden schon bald fremde Richter das Sagen haben?

Mit grossem Engagement setzen sich EU-Befürworter in der Bundesverwaltung für eine Gleichmacherei mit der EU ein. Derzeit wird an einem institutionellen Rahmenabkommen mit der EU gearbeitet, das eine automatische Übernahme von EU-Recht, übergeordnet dem Schweizer Recht, vorsieht.

Um diesem Ansinnen entgegenzutreten, wurde das überparteiliche Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» gegründet. Rund 40 Organisationen und Gruppierungen sind dem Komitee beigetreten, so dass schweizweit mit einigen Tausend Mitgliedern zu rechnen ist. Das Komitee hat sich zur Aufgabe gemacht, die europapolitische Entwicklung unseres Landes genau zu beobachten und v. a. an der Basis zu orientieren. Der von der Schweiz mit der EU auszuhandelnde Rahmenvertrag soll grundlegende Bedingungen festlegen, welche für sämtliche der derzeit über 120 bilateralen Verträge und Vereinbarungen zwischen der Schweiz und der EU verbindlich sein sollen.

Gerichtsbarkeit muss unabhängig bleiben

Ebenso soll in diesem Vertrag geregelt werden, dass EU-Beschlüsse in allen Belangen, die in den bilateralen Vereinbarungen angesprochen werden, von der Schweiz automatisch zu übernehmen sind. Im Weiteren soll unser Land mit diesem Vertragswerk gezwungen werden, dass es bei unterschiedlichen Auslegungen der Vertragsvereinbarungen den Entscheid des Europäischen Gerichtshofs akzeptiert und umsetzt. Die EU hat vor kurzem ihren Standpunkt klar dargelegt: Sie werde neben dem Europäischen Gerichtshof keine Gerichtsbarkeit oder deren Entscheide anerkennen oder in Fragen verbindlicher Urteile gegen EU-Mitgliedstaaten akzeptieren. Sollte der neue Rahmenvertrag mit diesem Inhalt wirklich Gültigkeit erlangen, wäre der bilaterale Weg faktisch zu Ende und die Spiesse wären nicht mehr



Bild: Eveline Rytz

gleich lang. Die Schweiz würde nicht mehr als gleichberechtigter Partner betrachtet, sondern das Gericht der EU würde letztendlich über die Vertragsumsetzung entscheiden.

Illusionen?

Bereits erleben wir die harte und unnachgiebige Haltung der EU im Zusammenhang mit der Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Masseneinwanderungsinitiative. Eine neue Aushandlung des Personenfreizügigkeitsabkommens (PFZ) wird von Seiten der EU abgelehnt – die Schweiz kann nicht mehr eigenständig über die Einwanderung ins eigene Land bestimmen!

Das geplante Rahmenabkommen, über welches der Bundesrat mit der EU verhandeln wird, würde die Macht der EU noch zementieren und die Schweiz, mit dem Europäischen Gerichtshof im Genick, der Unterordnung unter die Harmonisierungswalze zwingen.

Selbst wenn Bundesrätin Doris Leuthard freudestrahlend von den Verhandlungen über das Stromabkommen aus Brüssel zurückkehrte und mitteilt, dass plötzlich der EFTA-Gerichtshof in Brüssel als Schiedsgericht bei Auslegungsdifferenzen akzeptiert würde, steht noch lange nicht fest, ob überhaupt, wie und in welchem Ausmass das dann geschehen würde.

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

Bestellschein

ABONNEMENT

Ich abonniere den «EDU-Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

PROBENUMMERN

Senden Sie mir/der folgenden Person «EDU-Standpunkt»-Probenummern:

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____

Datum _____

Empfohlen von _____

Coupon einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach, 3601 Thun



IN DIESEM HAUS ENTSTEHEN ZWEI DER BEDEUTENDSTEN CHRISTLICHEN ZEITSCHRIFTEN DER SCHWEIZ, WELCHE AUCH AN AUSSENSTEHENDE WEITERGEGEBEN WERDEN KÖNNEN

«In der Abhängigkeit von Jesus zu bleiben, ist die grösste Herausforderung»

Ermutung im Alltag, Stärkung im Glauben und Orientierung zu aktuellen Themen des Lebens, so präsentiert sich das biblisch fundierte Monatsmagazin für Jung und Alt. Das stilvoll bebilderte und ansprechend gestaltete Heft eignet sich auch bestens zum Weitergeben an Menschen, die Gott noch nicht kennen. Die EDU im Gespräch mit Daniela Wagner, Chefredaktorin von «ethos».

«EDU-Standpunkt»: Seit drei Jahren sind Sie Chefredaktorin der Monatszeitschrift «ethos». War für Sie schon länger klar, dass Sie diese Aufgabe eines Tages übernehmen würden?

Daniela Wagner: Nein, das war alles andere als klar! Im Gegenteil... Meine Eltern, Yvonne und Bruno Schwengeler, haben «ethos» 1983 (und später auch die Zeitschrift factum, ein wissenschaftliches Magazin) ins Leben gerufen. Während 25 Jahren war meine Mutter Chefredaktorin, Mutter von vier Kindern, Autorin, Lektorin und daneben beherbergten meine Eltern immer viele Gäste bei uns zu Hause. Bereits als Mädchen dachte ich mir:

«Bloss nie den Job meiner Mom machen <müssen!> Monat für Monat aufs Neue ein Heft füllen, lesenswerte Artikel suchen oder selber schreiben, und dies nebst allen anderen Aufgaben...» Schon der Gedanke daran rief bei mir Stress hervor.

Doch meistens kommt es anders, als man denkt! Vor fünf Jahren haben meine Eltern den Verlag aus verschiedenen Gründen meinem Mann Lothar übergeben. Als dann etwas später die Stelle der Redaktionsleitung von «ethos» neu zu besetzen war, bat mich mein Mann, mir zu überlegen und zu prüfen, ob ich das übernehmen wolle. Er sprach offen aus, wovor ich mich insgeheim immer gefürchtet hatte. Andererseits traute er mir diese Aufgabe

zu und meinte, mich an seiner Seite zu haben, wäre ihm eine grosse Entlastung und Hilfe. Nun, als seine Frau wollte ich eigentlich nichts mehr als das.

Meine Arbeit als Lehrerin bereitete mir Spass, doch seit längerem betete ich darum, Gott möge mir zeigen, ob dies noch mein Platz sei. Ich erkannte, dass meine Bereitschaft, meinen Beruf loszulassen, nicht ehrlich war, wenn ich nur neue Wege beschreiten würde, die ich mir vorstellen konnte oder die gar meinen Wünschen entsprachen. So bat ich Gott um klare Wegweisung. Ich wollte ganz sicher sein, dass mich keine eigenen Überlegungen zu einem «Ja» oder «Nein» führten.

Dieses Gebet hat mein Herr sehr eindrücklich beantwortet, dafür danke ich ihm oft! Es ist heute – gerade auch in Zeiten der Anfechtung – beruhigend zu wissen, dass ER mich an diesen Platz gestellt hat.

Welches waren zu Beginn und sind auch heute noch Ihre grössten Herausforderungen bei dieser Arbeit?

Viele Herausforderungen nimmt Gott mir wohl ab, bevor ich sie als solche erkenne, oder ER schenkt Hilfe durch andere Menschen.

Die Herausforderung hat weniger mit konkreten Aufgaben zu tun, als vielmehr mit meiner Haltung, meinem Leben. Pflege ich die Gemeinschaft mit Jesus und traue ich IHM alles zu? Stelle ich mich immer wieder in sein Licht und lasse mich korrigieren? Fokussiere ich «Probleme» wie sinkende Abonnenten-Zahlen, oder vertraue ich IHM? Den richtigen Kurs kann ich nur halten, wenn der Herr steuern darf, ich ganz abhängig von IHM bin – das ist die grösste Herausforderung! Ich bin sehr entscheidungsfreudig und schnell im Handeln – manchmal zu schnell. Da ist die Gefahr gross, eigenmächtig und auf die eigene Logik vertrauend vorzupreschen.



Daniela Wagner-Schwengeler, geb.1970, verheiratet mit Lothar, zwei erwachsene Töchter (Jahrgänge 1992/94)

Ausbildung zur Primarlehrerin, Absolventin der Medienschule St. Gallen
Gemeindezugehörigkeit: Christliche Gemeinde Widnau
Redaktionsleiterin der christlichen Zeitschrift «ethos»
Hobbys: Austausch mit Menschen, Ausdauersport, Lesen
Wohnort: Berneck (SG)

Wie finden Sie Themen? Was soll «ethos» den Menschen geben?

«ethos» hat es sich seit Beginn zum Ziel gesetzt, bei schöner Gestaltung verschiedenste Themen auf klar biblischer Grundlage zu beleuchten. Zudem soll es ein Generationenheft sein: Kinder, junge Erwachsene, Betagte, Männer wie Frau-

kaum «feste Speise» ertragen. Bei Artikeln kann man deshalb in dieser Beziehung oft weniger voraussetzen und muss manch Grundlegendes hinzufügen. Doch Zeitgeist hin oder her – ich bin überzeugt, dass die Menschen nach wie vor etwas umtreibt – oft unbemerkt –, und zwar die Sehnsucht nach Gott.

«Nur wer Gottes Massstab kennt, vermag Fälschungen zu erkennen und bleibt davor bewahrt.»

en sollen angesprochen werden. So ergeben sich aus dem alltäglichen Leben die Themen wie z. B.: Was bewegt Eltern, deren Kinder in der Schule mit dem Zeitgeist konfrontiert werden? Geschätzt werden zudem praktische Bibelarbeiten, Glaubenshilfen, Informationen aus aller Welt, welche die Christenheit prägen, Ermutigung durch persönliche Zeugnisse und Farbreportagen, die über die Schöpfung staunen lassen. Auch finden sich in ethos Jugendseiten, eine Kindergeschichte, Rezepte, Bastelideen, Kreuzworträtsel und vieles mehr.

Es ist unser Wunsch, dass Christen durch «ethos» Ermutigung und Unterweisung erhalten und Menschen, die dem Evangelium fernstehen, Gottes Liebesangebot auf ansprechende Weise (oft durch Geschenkabos) kennenlernen dürfen. Vieles wird heute unter dem Label «christlich» angeboten, das eher von Christus wegführt als zu IHM hin. Wir möchten uns ganz an Gottes Wort binden und neue Strömungen im Lichte der Bibel prüfen. Das tun Sie als EDU ja auch, einfach mit dem Schwerpunkt Politik. Wie Sie wissen, ergeben sich aus dem aktuellen Geschehen genug Themen, die man aufgreifen könnte.

Haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte von «ethos» mit den Jahren verändert? Wenn ja, inwiefern?

Ich denke nicht. Nach wie vor muss man gegen den Strom schwimmen. Trotzdem hat das Ausmass der Gottlosigkeit enorm zugenommen. Das Aufweichen oder die völlige Preisgabe biblischer Werte geht auch an den Christen nicht spurlos vorüber. Es gibt heute mehr Christen, die wenig gegründet sind im Wort Gottes und

Wie beeinflusst Ihre Arbeit Ihren Alltag, was Sie interessiert, was Sie hören und sehen?

Das hat sich nicht gross verändert. «Christliche» Zeitschriften wie den «EDU-Standpunkt» habe ich schon vorher gelesen. Vielleicht lese ich heute mehr säkulare Magazine zum Zeitgeschehen, um am Zahn der Zeit zu bleiben. Man muss wissen, was die Menschen beschäftigt, was in Politik und Wirtschaft abgeht. Das Studium der Bibel und gute christliche Bücher sind mir aber nach wie vor das Wichtigste. Nur wer Gottes Massstab kennt, vermag Fälschungen zu erkennen und bleibt davor bewahrt. Auch den Austausch mit meinem Mann schätze ich sehr. Er ist ein reifer Christ, von ihm darf ich viel lernen.

Worin bestehen die Aufgaben Ihres Mannes?

Wie gesagt, schwierige Themen bespreche ich mit ihm, hole mir seinen Rat. Er pflegt Kontakte zu Autoren, liest sehr viel, empfiehlt mir Artikel und Themen. Er ist Geschäftsführer des Verlags und des Grafikbetriebs «Cicero-Studio». Daneben kümmert er sich um Computerprobleme, schwierige theologische Fragen, schaut, wo und wie wir die Zeitschriften verbreiten können und ist selber an vielen Messen im In- und Ausland mit «ethos» und «factum» präsent. Ausserdem leitet er die Redaktionssitzungen von «ethos» und «factum». Viele «Baustellen» müssen gleichzeitig von ihm bedient werden, nach aussen sieht man davon kaum etwas. Dies alles tut er treu und mit grosser Dankbarkeit, auch wenn sein Tagesgeschäft oft nervenaufreibend ist. Seine Hingabe an Gott und seine Demut beschä-



men mich oft. Sie erahnen es: Ich habe einen wundervollen Mann und schätze mich glücklich, seine Frau sein zu dürfen!

Sie verschicken «ethos» mittels Geschenkabonnemente auch an Gefängnisinsassen. Hören Sie von diesbezüglichen Auswirkungen?

Ja, gerade heute bekam ich einen Brief von einem Häftling, worin er sich für «ethos» bedankt. Die Zeitschrift helfe ihm, im Glauben zu wachsen, und die schönen Bilder seien Fenster nach draussen. Zu ganz wenigen pflege ich Briefkontakt, z. B.

«Wo es dunkel ist, sehnen sich Menschen nach Licht.»

zu einer siebenfachen Mörderin, die zum Glauben kam. Die Gefängnisarbeit übersteigt aber klar unsere Kapazitäten. Glaubensgeschwister in den verschiedensten Ländern übernehmen diese Aufgabe. Wir liefern ihnen «ethos» und «factum» und sie setzen sie in der Gefangenenarbeit vor Ort ein.

Bestimmt beobachten Sie aufmerksam Entwicklungen in der Gesellschaft und in den Gemeinden. In welchen Bereichen fallen Ihnen besonders Veränderungen auf? Was freut Sie? Was bereitet Ihnen Sorgen?

«Wer sich heute mit dem Zeitgeist verheiratet, ist morgen Witwer», sagte schon Sören Kierkegaard. Die Gesellschaft hat sich weitgehend von Gott losgesagt, die Konsequenzen sind sichtbar: Chaos, Gewalt, Egoismus, Kriminalität, Bosheit, sexuelle Freizügigkeit, Betrug. Der

Begriff Schamlosigkeit trifft wohl den Zeitgeist am besten. Hierin liegt aber auch Hoffnung. Wo es dunkel ist, sehnen sich Menschen nach Licht. Wir Christen sind aufgefordert, Licht und Salz zu sein. Dies sind wir, wenn wir Liebe zu den Menschen haben und es uns nicht kalt lässt, wenn sie verloren gehen. Das Evangelium hat aber nur Kraft, wenn es ohne Abstriche verkündigt wird.

Wie ich bereits angetönt habe, wird die Bibel vermehrt auch in christlichen Kreisen nicht mehr als das von Gott inspirierte Wort von der ersten bis zur letzten Seite genommen. Es werden Abstriche im Namen des «Fortschritts» und der Moderne gemacht. Doch wenn in diesem Buch nicht alles wahr ist, dann verdient es mein Vertrauen nicht, der Anspruch Gottes auf die Wahrheit wird so hinfällig.

Die Christenheit in unseren Breiten graden zeichnet sich weitgehend durch einen seichten geistlichen Wasserstand aus, der mich bange werden lässt. In den Gemeinden hat vielerorts eine «Mensch-Zentriertheit» Einzug gehalten: Was tut mir gut? Welche Strategie lässt mich erfolgreich werden? In welchem Gottesdienst werde ich erbaut, fühle ich mich gut? – Marketingstrategien als Leitbild des Gemeindebaus!

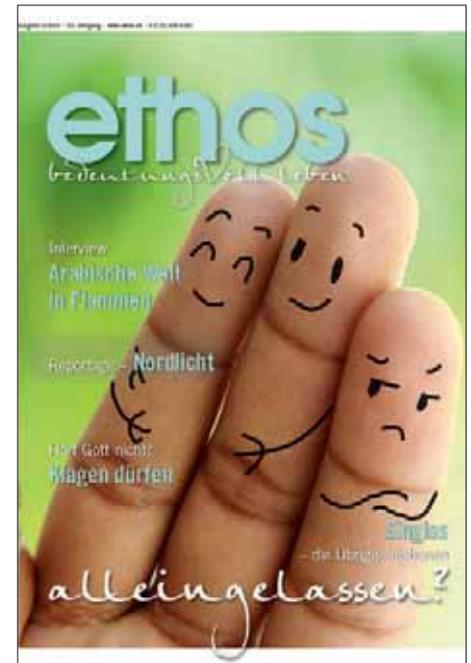
Ihr Wunsch für die Zukunft?

In der Bibel hingegen finde ich das Ziel so formuliert: ein Leben zur Ehre Gottes. Christus in der Mitte, nicht ich. «Er muss wachsen, ich aber muss abnehmen» (Johannes 3,30). Ein solches Leben ist wahre Anbetung des Höchsten, heilt mein Inneres und lässt die Liebe zum Nächsten überfließen. Fast ganz nebenbei werde ich bemerken, dass es mir an nichts mangelt, der Friede Gottes, selbst in widrigsten Umständen, nicht weicht und seine Liebe trägt. Leidensbereitschaft um Jesu willen, das wünsche ich mir vermehrt für mich und die Christen heute.

Es ist unser Gebet, dass «ethos» mithelfen darf, den Blick von Menschen auf Jesus zu lenken, damit sie erfahren, dass Gottes Wort glaubwürdig und aller Annahme wert ist!

Liebe Frau Wagner, Ihnen, Ihrer Familie und für Ihre wertvolle Arbeit wünschen wir von Herzen Gottes reichen Segen! Möge Gott Ihr Gebet zu seiner Ehre beantworten!

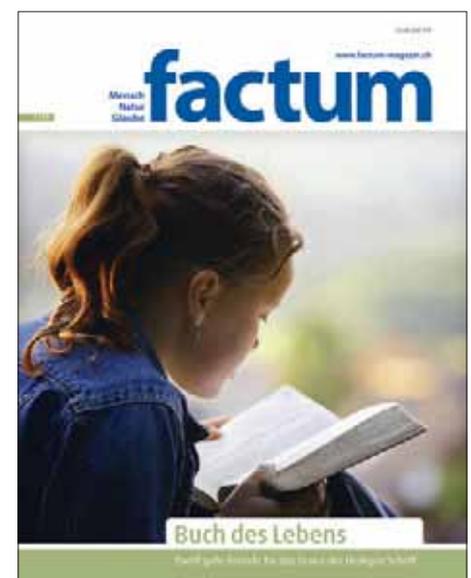
Interview: Lisa Leisi



Hinweis:

Kostenlose Probenummern von «ethos» und «factum» können bestellt werden unter:

abo@schwengeler.ch
www.ethos.ch



Akademische Ausbildung – immer noch «Mass aller Dinge»?

Nach dem 2. Weltkrieg gab es in der Schweiz zur Erreichung eines höheren Ausbildungsniveaus, abgesehen von einigen Höheren Technischen Lehranstalten und höheren Fachprüfungen wie z. B. im Bereich des Rechnungswesens, keine Alternativen zum klassischen Bildungsweg: Gymnasium und Uni-Studium.

Von den damals üblichen rund 40 Schülerinnen und Schülern pro Klasse schafften es jeweils im Durchschnitt gerade mal 1–3 in ein Langzeitgymnasium. Doch dann setzten, zwar erst zögerlich, doch kontinuierlich Veränderungen ein: 1960 wurde die HKG (Höhere Kaufmännische Gesamtschule) in Bern, 1968 die HWV (Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule) in Zürich und weiteren Standorten gegründet. Seit 1978 enthalten die Titel des Abendtechnikums Zürich die Bezeichnung HTL.

Mitte der 90er-Jahre wurde die Berufsmatura eingeführt und in der Folge entstanden durch Umwandlungen bestehender Institutionen wie HTL, HWV sieben Fachhochschulen in der Schweiz. Ab 2002 wurden die Pädagogischen Hochschulen (PH) aus den bisherigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildungsstätten gebildet.

Duales Bildungssystem – CH top

Einen Direktvergleich bezüglich Anzahl Uni-Abschlüsse pro z. B. 1000 Einwohner mit anderen, v. a. nicht-deutschsprachigen Ländern macht schlicht wenig Sinn. Z. T. sind die Anforderungen für den Erwerb einer Uni-Zulassung (Maturität usw.) in vielen anderen Ländern wesentlich tiefer als bei uns, andererseits verfügen die meisten der verglichenen Länder über keine Fachhochschulen sowie höhere Fachschulen in unserem Sinn. Für das System der Berufsbildung über eine mehrjährige Lehre gilt die Schweiz als führend, wie auch für die eidgenössisch anerkannten höheren Fachprüfungen. In Ländern wie den USA, Grossbritannien, Frankreich,

Italien usw. gibt es keine Berufslehren wie bei uns. In grossen Betrieben werden geeignete Mitarbeiter intern geschult oder man lernt eben «on the job». Zudem ist festzustellen, dass die Anforderungen zur Erreichung eines Abiturs, einer Matur oder eines Baccalauréat ständig abnehmen. Durch eine relativ strenge Zulassungsprüfung bei verschiedenen ausländischen Universitäten ist dieser Trend z. T. kompensiert worden. In der Schweiz berechtigt ein Maturitätszeugnis zu einem prüfungsfreien Zugang zum Studium an einer Uni oder an der ETH bzw. EPFL; mit Ausnahme des Medizinstudiums, bei welchem in einer Vorprüfung die Eignung abgeklärt wird. Weil an einigen Gymnasien bei den Erfahrungsnoten z. T. manchmal etwas grosszügig aufgerundet wird, sind bei Studierenden in verschiedenen Fächern, wie z. B. den Landessprachen und der Mathematik, z. T. nicht genügende Leistungen feststellbar. Will man das frühere Qualitätsniveau wieder erreichen, sind strengere Selektionskriterien bei den Gymnasien und/oder generell Zulassungsprüfungen für das Studium an einer Schweizer Uni angesagt.

Höhere Berufsbildung CH im Ausland kaum bekannt

In der Schweiz werden viele Führungskräfte aus dem Ausland beschäftigt, denen das schweizerische Bildungssystem nicht oder zu wenig bekannt ist. Daher fallen bei der Personalselektion nicht selten «nicht akademisch» ausgebildete Kandidatinnen und Kandidaten mit FH, HF und anderen höheren Berufsbildungsabschlüssen durch die Maschen, obwohl sie für einen spezifischen Job besser geeignet gewesen wären.

In den Köpfen vieler Eltern herrscht zudem immer noch die Meinung vor, das Beste für ihre Kinder und deren künftigen Status in der Gesellschaft sei ausschliesslich der klassische universitäre Bildungsweg. Wenn möglich, setzt man viel Geld für Nachhilfe und spezielle Betreuung ein, um ein Kind doch noch ins Gymnasium zu schleusen, obwohl es an einer Sekundarschule A – mit allen noch offenstehenden Optionen – durchaus glücklicher wäre. Da unsere Gymnasien stark sprachenlastig sind, scheiden andererseits



fähige Schüler (mehrheitlich technisch und mathematisch begabte Knaben) für ein späteres Universitäts- oder ETH-Studium aus.

Konsequenzen

Die Folgerungen für die Bildungslandschaft Schweiz sind strengere Selektionskriterien bei den Mittelschulen, generelle Zulassungsprüfungen zum Studium an einer Universität und die Förderung der höheren Berufsbildung ausserhalb des Hochschulbereichs durch Studienbeiträge bei nachgewiesenem Erfolg bei den Zwischen- und Diplomprüfungen. (Die Ausbildung an einer Höheren Fachschule mit nachträglichem NDS oder der Erwerb eines eidgenössisch anerkannten Höheren Fachdiploms dauert in der Regel berufsbegleitend 3–5 Jahre. Finanzielle Aufwendungen hierfür belaufen sich ohne weiteres auf CHF 50000 und mehr; sie müssen, neben dem Verzicht auf Ferien und Freizeit, immer noch ausschliesslich durch die Studierenden getragen werden.) Auch wären die entsprechenden Ausbildungsabschlüsse so zu benennen, dass diese international verständlicher und so weit als möglich auch dort anerkannt werden. Nicht zuletzt soll die Information über die Höhere Berufsbildung durch die zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel in der Wirtschaft generell verbessert werden.

Digitales Lernen – möglichst umfassend oder situativ wohlüberlegt?

Eine differenziertere Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist von Nöten, denn das Lernen mit Tablet-Computern und Online-Zugang ist nicht per se gut. Ebenso kann herkömmliches, lehrerzentriertes Lernen nicht einfach als von gestern abgetan werden. Auch hängt die Qualität entscheidend von Lehrerpersönlichkeiten, Ausbildungen und Lehrmitteln ab.

Bestimmend wird sein, in welchem Alter, wann, wie, wie oft und wofür digitale Medien an Schulen eingesetzt werden. Unter dem Titel «Digital macht schlau» wird im Magazin «GEO» Nr. 12/14 behauptet, dass der Einsatz von digitalen Medien an guten Schulen als Lernbeschleuniger wirke. Diesbezügliche Studien müssten jedoch zuerst auf die Geld- und Auftraggeber hin untersucht werden. Auch Computerbegeisterte wollen entsprechende «Beweise» liefern.

Win-Win-Situation?

Sollen Kinder den gesamten Lernstoff mit Hilfe von iPads abarbeiten wie an der Digitalis-Schule im niederländischen Almere? Entsprechen ein individueller Stundenplan, digitale Schulbücher, Übungsaufgaben und jede Menge Spiele zur Aneignung von Mathematik, Rechtschreibung sowie Programmieren einer umfassenden Bildung von Herz, Geist und Hand? Macht es Sinn, wenn Kinder an iPad-Schulen gemeinsam mit den Eltern selber entscheiden, welche Workshops sie in Mathematik, Sprachen und Erdkunde besuchen wollen? «Alle sechs Wochen trifft sich jedes Kind zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch mit Eltern und Lehrern, um Ziele für die kommenden Wochen festzulegen.» Lernen viele Kinder auf diese Weise genau das, wozu sie in der Lage sind und erst noch Lust dazu haben? Das tönt nach einer Win-Win-Situation – oder doch eher einem modernen Märchen?

Irritierend bezeichnet der Konstanzer Bildungsforscher Guido Schwerdt das digitale Lernen als Erfolg, nachdem er die Florida Virtual School genauer angeschaut hat. Dies, obwohl nur jeder zehnte Schüler die Aufgaben in den dafür vorgesehenen 16 Wochen erledigte. Einige brauchten gar 52 Wochen dafür, andere wiederum waren in zwei Wochen damit fertig. Trotzdem sollen diese Schüler in praktisch allen Disziplinen besser abschneiden, als diejenigen aus konventionellen (ziemlich schlechten?) Oberschulen.

Wissen wird unwichtig

Übliche Verhaltensprobleme würden verschwinden, weil die Kinder freier lerneten und in kein Korsett gezwängt würden. Das Lernen sei kein Hindernislauf mehr, sondern eine Entdeckungsreise. Lehrer würden zum Lernberater und seien nicht mehr allwissend. Wird damit auch keinen Wert mehr auf einen Lehrer mit einem fundierten Wissen gelegt? Ebenso müssen die Kinder nur noch wissen, wo sie welche Informationen holen können? Der Hirnforscher Manfred Spitzer warnt diesbezüglich vor verheerenden Auswirkungen auf das Gehirn. Wenn dieses durch ungenügendes Lernen und Training nicht richtig gefordert wird, entstehen weniger Nervenverbindungen und mit der Zeit sterben mehr Nerven ab. Dies hat Auswirkungen auf die kognitiven Fähigkeiten und begünstigt das zunehmende Auftreten von Altersdemenz.

Gefährliches Lustprinzip

Eignen sich Kinder Medienkompetenz an, wenn sie einen ständigen Umgang mit diesen haben? So, dass sie nicht nur wissen, wie man Medien zielführend und für sittlich Sinnvolles anwendet, sondern, was ganz wichtig ist, diese auch wirklich so handhaben?! Braucht es dazu nicht zuallererst eine gewisse Reife und eingeübte Disziplin? Auch kann man kaum sagen, dass Frontalunterricht nicht kindgerecht ist. Dies, wenn Lehrer, welche normalerweise anders unterrichten (und eine negative Einstellung gegenüber dieser Unterrichtsart haben), beobachten, dass die Schüler schon nach kurzer Zeit mental abschalten. Solche Schüler haben eher

nicht gelernt, ihre Aufmerksamkeit für längere Zeit ganz auf andere Menschen zu richten, sie funktionieren eben nach dem Lustprinzip. Der deutsche Kinder- und Jugendpsychiater Michael Winterhoff warnt in seinem Buch «SOS – Kinderseele» und im Migros-Magazin vom 26.1.2015 eindringlich davor, dass zunehmend Kinder wie Lehrlinge nicht mehr über längere Zeit ruhig an einer Sache arbeiten können, eine negative Arbeitshaltung und keinen Sinn für Pünktlichkeit an den Tag legen. Er warnt vor einer jungen lustbetonten Generation, welche emotional wie sozial den Reifegrad eines 16-monatigen Kindes aufweist. Mitverantwortlich sind Eltern, welche ihren Kindern keine Grenzen setzen und ihnen jeden Wunsch erfüllen. Aber ebenso katastrophal und negativ verstärkend sind gemäss Winterhoff Schulsysteme, welche weg von Beziehungen hin zu individuellem Lernen führen – wie z. B. der Lernplan 21. (siehe Artikel auf Seite 13)

Lisa Leisi

ZAHL DES MONATS

600 000

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative soll das Potenzial der inländischen Arbeitskräfte besser genutzt werden: Frauen, ältere Arbeitnehmende und Ungelernte. Für letztere Gruppe hat der Wirtschaftsminister erneut Massnahmen angekündigt, welche es den gut 600 000 Personen, die weder eine Berufslehre noch eine Matura abgeschlossen haben, erleichtern soll, einen Berufsabschluss nachzuholen. Konkrete Pläne dazu liegen aber noch keine vor, was Parlamentarier von links bis rechts verärgert. Gemäss ihren parlamentarischen Vorstössen sollen die Ausbildung kostenlos sein und Lernende während der Prüfungsvorbereitungsphase Erwerb ersatz erhalten. Mit der Umsetzung muss noch bis 2017 gewartet werden, da diese Massnahmen mit dem Bildungskredit 2017-2020 finanziert werden sollen.

WAS HABEN DIE AGENDA 21 UND DIE «BNE» MIT DEM LEHRPLAN 21 (LP21) ZU TUN?

Ist der LP21 ein Umerziehungsprogramm der UNO?

In unserer Februar-Ausgabe haben wir v. a. über die fragwürdigen Inhalte des LP21 berichtet. Wer sich eingehend mit dem Thema auseinandersetzt, stellt bald einmal auch fest, dass der LP21 nach den Richtlinien (Ideologien) verschiedener, z. T. auch internationalen, Regierungsorganisationen ausgearbeitet wurde wie z. B.:

- dem «Nationalen Programm HIV» (NPHS)
- der «Jugendsexualität im Wandel der Zeit»
- dem «Grundlagenpapier für Sexualpädagogik»
- dem «Europäischen Toleranzstatut»
- der «Agenda 21»
- der «UNO-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (DBNE)

So fordern das «Nationale Programm HIV» und der Bericht «Jugendsexualität im Wandel der Zeit», dass die Sexualpädagogik auf allen Stufen in die Lehrpläne integriert werde und das «EU-Toleranzstatut» will, dass alle Lehrpläne und -mittel im Sinne dieses Toleranzbewusstseins umgestaltet werden müssten. Damit soll die Toleranz nicht nur gegenüber verschiedenen Rassen-, Religions- und Völkerzugehörigkeiten, sondern auch gegenüber jeglicher sexueller Orientierung gefördert werden. Da die Schweiz schon fast automatisch EU-Recht übernimmt, wurde offensichtlich auch der LP21 nach diesem Toleranzstatut ausgerichtet.

Wer steht dahinter?

Völlig unauffällig und ohne Bezug auf seine Herkunft wird im LP21 auf die «Bildung für Nachhaltige Entwicklung»(BNE) hingewiesen. Dazu steht in den Grundlagen des LP21: «Schülerinnen und Schüler setzen sich mit der Komplexität der Welt und deren ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung auseinander. Sie erfassen und verstehen Ver-



netzungen und Zusammenhänge und werden befähigt, sich an der nachhaltigen Gestaltung der Zukunft zu beteiligen.» Forscht man etwas weiter, so stellt man sehr bald fest, dass die Herkunft der «BNE» in der «Agenda 21» zu suchen ist. Diese wurde 1992 an der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossen und ist ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Gestützt auf die «Agenda 21» wurde am 20.12.2002 von der UNO die «Weltdekade Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung 2005–2014 (DBNE)» ausgerufen (UNO-Resolution 57/254,2002). Mit der DBNE will die UNO erreichen, dass «die Bildung und Lernprozesse weltweit die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung werden». Die UNESCO wurde mit der Umsetzung und der Koordination der UNO-Dekade-DBNE beauftragt, welche im März 2005 offiziell eröffnet wurde.

Weltweite Strategie

Im Dezember 2005 wurde, zur Umsetzung der BNE in der Schweiz, von verschiedenen Bundesämtern und der EDK das «Vorgehenspapier der Plattform BNE» herausgegeben. Darin wird beschrieben, wie die «BNE» in der Schweiz umgesetzt werden soll und dass die kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ihre

jährlichen bildungspolitischen Ambitionen festlegen mit dem Endziel: «Das BNE-Konzept in Schule und Unterricht zu integrieren.» D. h.: Die Erziehungsdirektoren haben spätestens seit 2005 den Auftrag, das Konzept «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) in die Lehrpläne zu integrieren.

Die Kompetenzen des LP21 wurden denn auch so beschrieben, dass sie ohne weiteres mit den «BNE»-Inhalten gefüllt werden können. Zur «BNE» gehören u. a. natürlich auch die Sexualkunde, Toleranz, Gender-Ideologie und Evolutionstheorie. (Die biblische Schöpfungsgeschichte darf gemäss LP21 bestenfalls noch als Mythos gelehrt werden.)

Vorwand Harmonisierung

Die Begründung, «mit dem LP21 die Lehrpläne zwischen den Kantonen zu harmonisieren», ist offensichtlich nur ein Vorwand, um die «BNE» in die schweizerischen Lehrpläne zu integrieren und Menschen nach dem humanistischen Weltbild der UNO umzuerziehen. Auffällig ist auch, dass zurzeit die Lehrpläne in diversen Ländern erneuert und nach «BNE»-Richtlinien ausgerichtet werden, was auf eine weltweite Umsetzung der «UNO-Weltdekade-BNE» hinweist. Wollen wir es zulassen, dass unsere Kinder und Enkel in Zukunft ohne Gotteskenntnis und nach dem Weltbild der UNO aufwachsen müssen?

Arthur Bosshart

¹ Jahrzehnt

² http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/bne_vorgehen_edk_bund_d.pdf

Weitere Infos unter: www.lehrplan21.info

Adressänderungen melden!

Melden Sie uns bitte Adressänderungen an: mutationen@edu-schweiz.ch oder Tel. 033 222 36 37.

So erhalten Sie den «EDU-Standpunkt» weiterhin ohne Unterbruch. Danke!

Renata Gerber, Adressverwaltung

«Die Familie ist die wichtigste Ressource Ungarns»

Viktor Orbáns engagierte Familienpolitik ist seinen Kritikern seit Jahren ein Dorn im Auge. Sie erkennen in den patriotischen Akzenten, der konservativen Wertebasis und der Betonung von Gott und Christentum einen Verstoss gegen fundamentale EU-Werte.



In Kooperation mit der Stiftung «CitizenGO» (siehe Kasten) übernahm Ungarn am 5.12.2014 die Schirmherrschaft über das «Politische Netzwerk für Werte bezüglich der Rolle der Familie in den UN-Entwicklungszielen». Dabei betonte Zoltán Balogh, ungarischer Minister für Humanressourcen, in seiner Rede, dass «Familien die wichtigste Ressource Ungarns sind» und dass «die neue ungarische Verfassung die Ehe einzig zwischen einer Frau und einem Mann vorsehe, da sie für Kinder und deren Wohl die beste Konstruktion ist». Auch arbeite Ungarn daran, die Persönlichkeit jedes Menschen zu verteidigen – vom Augenblick der Empfängnis an!

Keimzelle der Gesellschaft

Über 60 Parlamentarier aus über 20 Ländern in Nord- und Südamerika, Europa und Afrika kamen zusammen, um die «Deklaration über die Rechte der Familie» zu unterzeichnen. Diese bekräftigt die Tatsache, dass die «Familie die natürliche und fundamentale Keimzelle der Gesellschaft» ist und dass «jeder Mensch das Recht auf Leben hat und zwar von der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Tod». Die ungarische Unterstützung für das Leben und die Familie war entscheidend. Nach dem Treffen wurde die Deklaration durch Ungarn direkt an UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon überbracht.

Diese Deklaration widerspricht zutiefst einer Gesellschaft, welche nach den Prinzipien der grenzenlosen Autonomie, Selbstbestimmung und des Hedonismus lebt, Gott verbannt hat, jegliche Werte ablehnt und ihre christlich-abendländischen Wurzeln leugnet.

Wichtige Unabhängigkeit

Noch werden in Ungarn durchschnittlich nur 1,3 Kinder pro Frau geboren, was einer der tiefsten Geburtsraten Europas entspricht. Entsprechend setzte sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán stark für diverse familienfreundliche Entlastungs- und Förderprogramme ein. Durch die vielen Turbulenzen finanzpolitischer Art musste er diese leider auch wieder etwas zurückfahren. Dafür erreichte er aber, dass Ungarns Schulden dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückbezahlt werden konnten. Durch die gewonnene Autarkie gegenüber der Finanzoligarchie konnte Orbán schliesslich den IWF auffordern, sein Land umgehend zu verlassen. Bisher hat es kein anderes europäisches Land gewagt, ausländischen Oligopolen dermassen die Stirn zu bieten, denn gleichzeitig mit dem IWF warf Viktor Orbán auch noch Monsanto und Rockefellers Chemie- und Saatgutgiganten aus dem Land. In Ungarn ist manipuliertes und gentechnisch verändertes Saatgut verboten. Der Ministerpräsident ist mit seiner international umstrittenen Innenpolitik bereit, einen hohen Preis für die «wiedergewonnene Unabhängigkeit» zu bezahlen.

Vorbild für die Schweiz

Standhaft verbietet Orbán jegliche Einmischung in seine Politik und war einer der Ersten, der sich gegen Wirtschaftssanktionen gegen Russland ausgesprochen hat. Seine Regierung fordert den Zeitgeist heraus und entzieht sich der politischen Korrektheit, welcher sich alle so gerne be-

dienen, wenn sie ständig von «Verstoss gegen europäische Werte» sprechen. Orbán ist bereit, eine gesellschaftliche Stigmatisierung und Ausgrenzung in Kauf zu nehmen. In dieser Sache ist er auch für die Schweiz und ihre Bundesräte ein Vorbild!

Lisa Leisi

«CitizenGO» ist eine unter der Nummer 1582 im spanischen «Registro de Fundaciones» eingetragene Stiftung, deren Grundlage auf der Erfahrung und Freundschaft einer Gruppe von Persönlichkeiten basiert. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Gesellschaft im Bereich der Menschenwürde und den sich dadurch ergebenden Rechten zu dienen. «CitizenGO» ist eine Gemeinschaft von Bürgern, die sich gegenseitig eine Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen und sie dazu in ihren Heimatländern und auf der internationalen Bühne anregen. Die Stiftung möchte das Leben, die Familie und die Freiheit auf eine effektive Art durch Online-Petitionen und -aktionen verteidigen und fördern. Mit ihrer Arbeit wollen sie dazu beitragen, dass die Mächtigen dieser Welt die Menschenwürde und die Rechte der Einzelnen respektieren. Mittels der Digitalplattform von «CitizenGO» können Sie Ihre Petitionen zu lokalen, nationalen und internationalen Behörden sowie zu politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen jeglicher Art verbreiten. So finden Sie rasch gleichgesinnte Bürger aus aller Welt, mit denen Sie das gemeinsame Ziel einer besseren Gesellschaft teilen.

50+ = weg vom Fenster?

Jede zweite Person ist von Altersdiskriminierung im Arbeitsleben betroffen. Die EDU fordert, dass diese Problematik stärker auf die politische Agenda kommt.

Im vergangenen Jahr widmete sich eine OECD-Studie diesem Thema. Sie kommt zum Schluss, dass es im Alter hart wird auf dem Arbeitsmarkt. Was tut unser Land gegen die Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen? Insbesondere bei den 60–64-Jährigen, Frauen und Personen ohne Hochschulabschluss falle die Schweiz im OECD-Vergleich ab. Sie habe Nachholbedarf beim Schutz vor Altersdiskriminierung, lautet die Schlussfolgerung.

Arbeitsleben

Im Mai 2014 erschien im «Tages Anzeiger» ein Artikel mit dem Titel: «Wacht endlich auf und erkennt, dass es Junge und Alte braucht. – Arbeitslosigkeit im Alter nimmt zu – kaum ergrautes Haar im Büro.» Der OECD-Bericht legt die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit bei den über 55-jährigen Erwerbslosen offen. Könnte dieses Problem etwa mit mehr Lohnflexibilität gelöst werden? Es gibt durchaus Ansätze für spezielle Arbeitsmodelle für über 50-Jährige bei einigen Firmen. So kann z. B. der Wert der Erfahrung von älteren Berufsleuten zählen, um Beraterfunktionen auszuüben.

Gesellschaftliches Leben

Altersdiskriminierung ist aber auch im gesellschaftlichen Leben ein Thema. So müssen etwa Personen im Alter von 50+ Aussagen über sich ergehen lassen, die älter werdende Bevölkerung beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum, oder Rentner und Rentnerinnen würden die Gesundheitskosten überdurchschnittlich belasten.

Auch das Generationenproblem ist mehr denn je aktuell: Die Zunahme des Anteils von über 50-Jährigen in unserer Bevölkerung. Damit stellen sich z. B. neue Herausforderungen an die erste und zweite Säule der Altersvorsorge usw. Von der jungen Generation hört man, sie würde kaum grosse Erwartungen mehr in die AHV und Pensionskasse setzen. Der Schweize-

rische Sozialbericht von 2012 bringt das Problem folgendermassen auf den Punkt: «Die Babyboom-Generation kommt ins Rentenalter und stellt die Solidarität zwischen Alt und Jung auf die Probe.»

Familienleben

Weiter spielt hinein, dass die alte und junge Generation mehr aneinander vorbeilebt als früher. Zu diesem Problem habe ich folgenden bemerkenswerten Kommentar in einem Medienbericht des Schweizerischen Nationalfonds gelesen: «Der (Sozial-)Bericht 2012 zeigt, dass es kein Gegeneinander der Generationen gibt, doch auch nicht in allen Belangen ein Miteinander. Innerhalb der Familie bestehen zwar starke Bande über die Generationen hinweg.»

In unserer Bundesverfassung findet sich die Grundlage dazu in Artikel 8 mit dem Titel «Rechtsgleichheit». In Absatz 2 heisst es: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.»

Handeln für den Menschen

So haben wir es mit einer grossen und wichtigen Auslegeordnung zu tun, welche wegen des Generationenproblems in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen dürfte. Deshalb wollen wir das Thema Altersdiskriminierung verfolgen, das Wie gilt es noch zu konkretisieren. Es besteht ein offensichtlicher Zusammenhang mit den Anliegen der Familienpolitik, einem der Kernanliegen der EDU.

a. GR Markus Kronauer



«PLUSPUNKT»

Unverzichtbare mütterliche Zuwendung

Eine ausgeprägte Umsorgung – insbesondere in den ersten drei Lebensjahren durch die Mutter – wirkt sich u. a. positiv auf die Stressempfindlichkeit der Kinder aus.

Der in Montreal tätige renommierte Neurobiologe Michael Meaney konnte nachweisen, dass sich Angst und Stress der Mutter nachteilig auf ihre Kinder auswirken. Schon länger bekannt ist, dass eine liebevolle Zuwendung durch die Mutter die Ausschüttung des Wachstumshormons beim Kind stimuliert. Der Wissenschaftler konnte nun belegen, dass die mütterliche Pflege die gesamte Entwicklung beeinflusst und insbesondere: Je intensiver die mütterliche Fürsorge ist, umso mehr wird ein entsprechendes Gen aktiviert, das bewirkt, dass solche Kinder im späteren Leben weniger stressempfindlich reagieren. Umgekehrt wurde festgestellt, dass je mehr Kinder im frühen Kindesalter vernachlässigt und missbraucht wurden, umso nachhaltiger wurde das Gen abgeschaltet. Wobei es Belege gibt, dass eine entsprechende Prägung bereits in der Schwangerschaft stattfindet, wenn die werdende Mutter viel mit Angst und Stress zu kämpfen hat.

Von der Mutter gut versorgte Kinder weisen einen grösseren Hippocampus (Hirnregion) auf, welcher für die Gedächtnisleistung, Emotionen und die Stressbewältigung zuständig ist. Deshalb brauchen Kinder nicht eine möglichst frühe und umfassende Fremdbetreuung, sondern Mütter benötigen für die geistig optimale und seelisch stabile Entwicklung ihrer Kinder diejenige Unterstützung, die es ihnen ermöglicht, liebevolle Mütter zu sein.

Lisa Leisi

Marktplatz

Verkaufen

Schöne Aquarellbilder: Blumen und Landschaften, mit Rahmen, günstig. (055 210 50 10)

Vermieten

Ferien in Gunten. 2-Zi.-Wohnung, 3 Betten, nah beim Schnee, kurze Anfahrtszeit u. Super-Aussicht. CHF 65.–/Tag (033 251 12 66, jcr.dubouloz@bluewin.ch, www.bellevue-gunten.ch)

«B&B for One» in Gstaad. Sonniges, wohnliches Zimmer mit Frühstück für eine Person. Eigenes Duschbad, W-LAN, Radio-CD-Player, kein TV. Wunderschöne Lage am Oberbort. CHF 80.–/N., CHF 500.–/W., Sa bis Sa, alles inkl. (079 302 43 86)

3-Zi.-Ferienwohnung in Adelboden, gut eingerichtet, 5 Betten, ruhige u. sehr sonnige Lage. CHF 560.–/W. plus Kurtaxe (079 206 11 33, agyger@malergyger.ch)

Offene Stelle

Zur Erweiterung unseres Teams suchen wir ab April 2015 oder nach Vereinbarung eine **jüngere, gelernte, kreative Floristin in Teilzeitanstellung**, in der Region Bern. Sie verfügen schon über etwas Berufserfahrung, sind selbständiges Arbeiten gewohnt, sind belastbar und fahren Auto. Wir freuen uns auf Ihren Anruf (079 288 37 45 ab 7. März 2015)

Diverse

Lebenskompetenz – Grundkurs Seelsorge, Gwatt. 27.–28.3./8.–9.5./29.–30.5.2015
Anmeldung unter (www.bcb-schweiz.ch)

Zürich-Flughafen: Privat einmalig günstig parkieren! Wir übernehmen Ihren Wagen im Parking 3 und bringen ihn nach Ihrer Rückkehr dorthin zurück. (044 860 16 37, 079 667 57 42, www.tankstelle-soli.ch)

Die EDU lädt ein

2.3. Baden: 19.30h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet (056 222 53 79)

3.3. Windisch: 20h, Restaurant Sonne: Öffentlicher Vortrag «Die Bedrohung durch den IS – Stehen wir vor einer grossen Katastrophe?», mit Dr. theol. Roger Liebi. Veranstaltung der EDU der Bezirke Baden, Brugg u. Zurzach. (www.ag.edu-schweiz.ch)

4./18.3. Männedorf: 13.30h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet (044 920 45 43)

9./23.3. Steinmaur: 20h, KGH, Schulwiesstrasse 7: EDU-Gebet (044 865 20 32, 044 856 01 93)

11.3. Zürich: 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet

14.3. Wil: 9.30 h, Hof zu Wil: jährliche MV der EDU Kanton St. Gallen. 11h: öffentlicher Vortrag «Was steckt hinter den Schulreformen?», mit Frau Dr. phil. Judith Barben-Christoffel

30.3. Buchs SG: 19h, GospelHouse, Wiedenstrasse 48: Vortrag der EDU Kanton St. Gallen «Die Bedrohung durch den IS – Stehen wir vor einer grossen Katastrophe?», mit Dr. theol. Roger Liebi

1.4. Effretikon: 20h, FEG, Industriestrasse 3, Gebäude der Stoll Reklamen, Gebetstreffen des Bezirks Pfäffikon/ZH. Auskunft: Peter Häni (079 388 46 01)

11.4. Olten: Hotel Olten, 9.30h Delegiertenversammlung der EDU Schweiz, 13.30–16h Mitglieder-versammlung

30.4. Wil: 20h, FCG-Zentrum Speer, Speerstrasse 18a: Multimedia-Präsentation der EDU Kanton St. Gallen «Die Bedrohung durch den IS – Stehen wir vor einer grossen Katastrophe?», mit Dr. theol. Roger Liebi

04/2015 Der nächste «EDU Standpunkt» wird am 23. März versandt (Redaktionsschluss: 6. März, Druck: 19. März)

Christliche Anlässe

Gemeinde für Christus
26.2.–1.3. Seminar für christliche Geschäftsführer und Führungskräfte
Anmeldung an Seminar- u. Freizeithaus Wydibühl, 3671 Herbligen (031 770 71 71, www.freizeithaus.gfc.ch)
6.3.–22.5. Umwelt u. Zeitgeschichte, Teil 1 Anmeldung an Bibelschule Wydibühl, 3671 Herbligen (031 770 71 36, www.bibelschule.gfc.ch)

Pro Israel
20h, Vorträge mit Victor Kalisher, Jerusalem
27.2. Zürich, Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, Weisser Saal
28.2. Winterthur, Zentrum Arche, Heinrich-Bosshard-Strasse 2
1.3. 13.30h, Bern, Hotel Bern, Zeughausgasse 9
1.3. 20h, Schaffhausen, Park Casino, Steigstrasse 26

2.3. Herisau, Casino, Poststrasse 9, kleiner Saal
3.3. Wettingen, Saalbau Tägerhard, Lägernsaal, Tägerhardstrasse 122
4.3. Amriswil, Pentorama, Arbonerstrasse 2
Pro Israel, Postfach, 3607 Thun (033 335 41 84)

FEG Riehen

7.3. 9.30–12h, Begegnungszentrum FEG, Erlensträsschen 47, Riehen: Seminar «Islam – Religion des Friedens oder der Gewalt?», mit Michael Herwig

Credo Schloss Unspunnen

9.–13.3. Ora et Labora
23.–25.3. Frauentagung
27.3. Credo-Gebet (033 822 32 06, info@credo.ch)

Ländli Oberägeri

13.–15.3. Seminar «Selbstvertrauen durch Gottvertrauen»
20.–22.3. Männer-WE
30.3.–6.4. Passions- u. Ostertage «Dein Kreuz, mein Heil – deine Auferstehung, mein Leben»
10.–12.4. Sing-WE (041 754 92 14, www.zentrum-laendli.ch)

STH Basel

14.3. 9.30–15h, Schnupperstudientag «Was heisst Theologie studieren?»
Programm u. Anmeldung (www.sth-basel.ch/schnupperstudientag)

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

19.–20.3. Blockvorlesung «Konfliktbearbeitung», mit Siegfried Nüesch (033 841 80 00, www.gaestehaus.ch)

Pro Israel

21.–28.3. Hotel Paladina, Pura: Ferienwoche für Israel-Freunde, mit Rainer Schmidt, Jerusalem. Anmeldung bei Pro Israel, Postfach, 3607 Thun (033 335 41 84)

Seminarcenter Treffpunkt

22.3. 20h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach: Multimedia-Präsentation «Fische, Fischerei und Schifffahrt – Der See Genezareth und die Glaubwürdigkeit der Evangelien», mit Dr. theol. Roger Liebi

Evang. Freikirche Action Bibleque

26.3. 19.30h, Kapelle Siloah, Worbstrasse 328, Gümligen, Kapellenabend «Die Zukunft des «Islamischen Staates» (IS): Was sagt die Bibel?», mit Dr. theol. Roger Liebi (www.ab-bern.ch)

Landeskirchliche Minorität

28.3. 9.30h, Heiden: Schalomtreffen mit Prof. Dr. Jacob Thiessen, Rektor der STH Basel

Israel-Werke Schweiz

18.4. 13–17h, Evang. Gemeinschaftswerk, Nägeligasse 9, Bern: Nationaler Israel-Gebetstag

Avi Mizrachi

Vorträge mit Avi Mizrachi, Seniorpastor der messianischen Gemeinde Adonai Roi, in Tel Aviv (www.adonai-roi.com) «Juden mit dem Evangelium erreichen»

28.4. 20h, Kirche, Grundbachstrasse 5, Wattenwil/BE

29.4. 20h, Christus-Zentrum, Weitenastrasse 6a, Schönenberg (Freunde von Adonai Roi@gmx.ch)

nach+

2.5. 9h, FCG Aarau, Delfterstrasse 14, Aarau: Anlass für Jugendliche ab 16 Jahren. Das nach+ soll junge Menschen motivieren, weiterhin Jesus kompromisslos nachzufolgen, die eigene Berufung zu finden und ihre Gaben in die Gemeinde zu investieren. Anmeldeschluss: 4.4. (www.nachplus.ch)



Bild: Harold Sälzmann

Marktplatz-Tarife

• Verkaufen/Suchen:	20 CHF
• Verkaufen/Suchen von Immobilien:	80 CHF
• Vermieten:	50 CHF
• Verschenken:	gratis
• Offene Stellen:	50 CHF
• Stellensuche:	50 CHF
• Partnersuche:	50 CHF
• Verschiedenes:	50 CHF

Ihr Marktplatz-Inserat senden Sie bitte an:
EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 2144
3601 Thun
Per E-Mail an marktplatz@edu-schweiz.ch
Tel. 033 222 37 07



LESERBRIEFECHE

Sie kommen zu Wort

Im Gespräch mit Prof. Dr. Werner Gitt: «Ist alles per Zufall entstanden?» «EDU-Standpunkt» 02 – 15

Prof. Gitts Theorie über die Entstehung des Universums und dessen angebliches Alter ist befremdlich. Einerseits verurteilt er Theorien des Urknalls als Gottlos. Andererseits stellt er eigene Theorien auf, die nirgends belegt sind. Das Alter des Universums mit ca. 10000 Jahren anzugeben aufgrund der Stammbäume in der Bibel ist nicht überzeugend. Vieles in der Bibel ist widersprüchlich (1. Mose, 4, 16–17). Warum soll Gott das Universum nicht mit dem Urknall erschaffen haben? Als die Schöpfungsgeschichte geschrieben wurde, konnten die meisten Menschen nicht lesen und schreiben. Also wurde sie so erzählt, damit sie es begreifen konnten. Nichts spricht dagegen, dass das Universum viele Mrd. Jahre alt ist. Wissen wir, wie lange ein Tag unseres Zeitverstandes in Gottes Zeitrechnung dauert?

Aufgrund von Ausgrabungen und Untersuchungen versteinerter Knochen ist erwiesen, dass die Saurier vor Mio. Jahren gelebt haben, bevor es uns gab. Im 15. Jh. glaubten die Menschen, die Erde sei eine Scheibe...! Heute wissen wir's besser. Die Bibel ist Wegweiser von Gottes Liebe zu uns Menschen. Aber blinder Glaube bar jeder Realität ist nicht im Sinne Gottes. Wir haben von Gott einen Verstand bekommen – wenden wir ihn bitte an!

Ruth Singer, Läfelfingen BL

«LP21 wurde nur quantitativ, nicht aber qualitativ verändert» «EDU-Standpunkt» 02 – 15

Was heisst eigentlich «Kompetenz»? Was bedeutet eine Reduktion der Kompetenzen von 3123 auf rund 2300 Kompetenzen? Was ist «Kompetenzorientierung»? «Und in der Kompetenz Natur & Technik: Schülerinnen und Schüler können zentrale Prinzipien der Evolutionstheorie an Beispielen erkennen und Gesetzmässigkeiten nachvollziehen.»

Ein Prinzip der Evolutionstheorie ist das Überleben des Stärkeren. Wie erkenne ich den Stärkeren? Es ist derjenige, der überlebt. Merkt der Schüler, dass dies ein Zirkelschluss ist? Merkt der Schüler auch, dass dieser Lehrsatz die ideologische Grundlage für Gewaltanwendung auf dem Pausenplatz ist? Es gibt ein Buch mit dem Titel «95 Thesen gegen die Evolution». Das ist eine Sammlung von 95 wissenschaftlichen Argumenten, die das naturalistische Weltbild widerlegen. Es ist unglaublich, dass trotz der vielen wissenschaftlichen Argumente an dieser unseligen Theorie festgehalten wird, und dass man sie als Tatsache in den Schulbüchern darstellt. Hier wird mit unredlichen Mitteln operiert. Die Evolutionstheorie ist weder bewiesen noch wissenschaftlich beweisbar.

Hansruedi Stutz, Dietlikon ZH

Islamisten als «Richter» des dekadenten Abendlandes...» «EDU-Standpunkt» 02 – 15

Diesem guten und mutigen Artikel von a. NR Markus Wäfler kann ich nur zustimmen. {...} Ich erlaube mir sogar noch etwas deutlicher zu werden. Darum sage ich, dass es eigentlich

nicht die Islamisten sind, die sich einfach so als Richter über das dekadente Abendland aufspielen können. Der Gott der Bibel selber ist es, der es zulässt, dass der Islam über das dekadente Abendland «richten» kann. Dazu steht in der Bibel: «Irrt euch nicht: Gott lässt sich nicht verspotten! Denn was der Mensch sät, das wird er auch ernten» (Gal. 6,7). Genau das ist der Grund weshalb ER es zulässt, dass der Terrorismus extremer Islamisten, mit ihrer Schreckensherrschaft die geistlich verarmte westliche Welt in Angst und Schrecken versetzen kann. Aber, der Gott der Bibel lässt sich eben nicht spotten! {...} Unter dem Zwischentitel: «... versus postchristliches Abendland», hat Markus Wäfler klar beschrieben was die abendländische Gesellschaft – zu der auch wir Schweizer gehören – immer weiter in die Dekadenz hineinführt. Der Zerfall von moralischen und sittlichen Werten in der westlichen Welt, offenbart sich tagtäglich via Medien in der Öffentlichkeit. {...} Wertmassstäbe –, und da v. a. die «christlichen», werden respektlos mit Füßen getreten. Der christliche Gott der Bibel wird, wie Markus Wäfler richtig schreibt, von vielen in der Schweiz und in Europa verhöhnt und verachtet. Vom Wohlstand geblendet, und in einem übersteigerten Lustprinzip gefangen, dreht die gottlose Spirale weiter; und die Folgen bleiben nicht aus. Wie heisst es doch: Hochmut kommt vor dem Fall! V. a. die heranwachsende Jugend ist diesem haltlosen Umfeld ohne verbindliche Werte auf Gedeih und Verderben ausgeliefert. {...} – wenn ich an den erobungseifrigen Islamterrorismus denke – könnte es noch gefährlicher werden!

Kurt Schenker, Langnau a. A. ZH

Spendenbescheinigungen 2014

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Spenderinnen und Spendern für die entstandenen Unannehmlichkeiten mit der Spendenbescheinigung 2014 entschuldigen. Die Druckerei hat unvollständige und/oder mit einer falschen Briefanrede versehene Spendenbescheinigungen verschickt. Auf Anfrage wurden die korrigierten Bescheinigungen von uns nachgereicht. Wir danken für Ihr Verständnis.

Sekretariat EDU-Schweiz, Harold Salzmann

Dass wir zweimal Spendenbescheinigungen der EDU mit falschen Daten versandt haben, tut mir persönlich und uns als Firma sehr leid. Für dieses Versehen bitte ich Sie, liebe EDU-Freunde, um Verzeihung. Ihr Vertrauen zurückzugewinnen hat bei uns höchste Priorität!

Jordi AG – das Medienhaus, Bruno Jordi

Ein kluger Rat!

Alle paar Jahre ist das Thema Notvorrat im Fokus der Medien. Vor einigen Monaten war der Auslöser die Aussage von Armeechef André Blattmann im Zusammenhang mit der damals bevorstehenden Abstimmung zum Gripen-Fonds, dass eben Vorsorge wichtig sei, ob es den Schutz unseres Luftraums oder eben unsere Lebensmittelvorräte zu Hause zum Gegenstand habe.

Jeder Haushalt sollte über Vorräte für einige Tage verfügen. Wichtig sei auch, dass genügend Wasser vorrätig ist. Stimmen aus «linken Kreisen» machten ihn lächerlich und warfen ihm billige Panikmache vor. Nun, lächerlich ist die Sache nicht, gibt es dazu auch ein Merkblatt des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) mit Empfehlungen für einen sinnvollen Notvorrat. Ein solcher soll pro Person und Woche 9 Liter Wasser, verschiedene haltbare Lebensmittel und auch wichtige Verbrauchsgüter umfassen. Dazu gehören z. B. ein Transistorradio, Taschenlampen mit Ersatzbatterien, Kerzen, Streichhölzer und Feuerzeug, ein Campingkocher, Seife und weitere Hygieneprodukte.

Aussergewöhnliche Situationen im Bahn- und Strassenverkehr, welche absolut nichts mit kriegerischen Ereignissen zu tun haben, sind auch bei uns, z. B. wegen Hochwassers, starken Schneefällen usw. möglich. Zudem gibt es v. a. in den Dörfern immer weniger kleine private Lebensmittelläden, welche über genügend Vorräte verfügen. Die grossen Lebensmittelfilialunternehmen werden z. T. mehrmals täglich beliefert. Fallen ihre Zulieferungen einmal für einige Tage aus, sind viele dieser Geschäfte, nicht selten wegen Hamsterkäufen, innert Stunden leergekauft.

Arthur Gasser,
Gemeinderat Dübendorf

Kurzfristiges Denken auf Kosten der Natur

Wir dürfen nicht wegschauen und uns vielleicht lange verkannten Entwicklungen verschliessen: Konzerne scheinen in ihrer Profitgier in Kauf zu nehmen, dass Massen von Bienenvölkern sterben.

Wie im November 2014 publik wurde, reichten Spuren des in der Schweiz verbotenen Wirkstoffs Fipronil, dass letzten Frühling im Emmental über 150 Bienenvölker getötet wurden. Unterdessen wurde bekannt, dass nach der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln mit diesem in anderen Ländern legalen Giftstoff, die Anlagen ungenügend gereinigt worden waren. Darauf wurden Produkte für die Schweiz «ohne» Fipronil hergestellt – mit diesen verheerenden Auswirkungen.

Narcotinoid-Pestizid

In der kanadischen Provinz Ontario verlor u. a. der Imker David Schuit aus Elmwood letztes Jahr 600 Völker mit circa 37 Mio. Bienen. Gesamthaft sollen zig Mrd. Bienen dem Anbau von gentechnisch verändertem Mais zum Opfer gefallen sein. Die Samen waren beim Ausbringen mit den sogenannten «Neonics» der Firma Bayer CropScience besprüht worden. Ein darin enthaltenes Narcotinoid-Pestizid greift laut Wissenschaftlern das Immunsystem der Bienen an und stört das Navigationssystem so sehr, dass sie massenhaft sterben. Die Tiere verendeten laut der Zeitung The Post aus Ontario wenige Tage nach dem Ausbringen des Saatgutes. Besonders verhängnisvoll wirkt sich die neue Art der Aussaat aus: Spezielle «Luft-Sämaschinen» bringen den mit «Neonics» vorbehandelten Samen auf dem Ackerboden aus, wobei viel mehr «Pestizid-Staub» in die Luft gelangt.

Verkanntes Problem

Der Zusammenhang mit dem Bienensterben wurde durch zahlreiche Studien bestätigt, etwa von Forschern der amerikanischen Purdue University. Das Minis-



terium für Landwirtschaft, Ernährung und den ländlichen Raum in Ontario unternehme, laut Schult, trotz fortgesetzter Verluste nichts gegen das Problem. Imker in Kanada machen Hersteller von Pestiziden, Bayer und Syngenta, für das Massensterben der kanadischen Honigbiene verantwortlich. Allein im Winter 2013/14 wurde bei den Imkern in den USA ein Verlust von 23% der Bienenvölker registriert. Neben Pestiziden gefährden weitere Faktoren wie Parasiten, etwa die Varroa-Milbe, Krankheiten, der Verlust genetischer Vielfalt und falsche Fütterungen den Fortbestand der fleissigen Tiere und damit die Bestäubung von vielen Pflanzen, welche unsere Nahrungsgrundlage bilden.

bleiben Verursacher ungestraft?

Nachdem das Bienensterben in einem bisher unerreichten Ausmass zugenommen hat, haben u. a. Grossbritannien und die EU verschiedene Pestizide verboten, darunter auch die Neonikotinoide. Hochgiftige Pestizide und genmanipulierte Lebensmittel bleiben weiterhin eine grosse Gefahr für Bienen, Mensch und Natur. Die Agrarchemie-Konzerne BASF, Bayer und Syngenta klagen gegen die EU-Kommission, um das vorläufige EU-Verbot der drei neonicotinoiden Wirkstoffe, Clothianidin, Imidacloprid und Thiametoxam zu Fall zu bringen. Wann müssen solche Firmen für ihr Tun Verantwortung übernehmen? Ihr Einfluss und profitorientiertes Denken beim Lobbying darf nicht unterschätzt werden.

Lisa Leisi

SCHLUSSPUNKT

Hartes Brot

Zugegeben: Mit meinem wenig bis gar nicht ausgebildeten Sixpack (Waschbrettbauch) wage ich mich nicht an den Strand. Und die Bizeps? Ach ja, denen fehlen auch Tausende von Liegestützen und der Umfang meiner bescheidenen Oberarme – na ja, lassen wir das.

Aber die Kraft, die in meinen Muskeln schlummert – ich sage Ihnen, die hat es in sich. Sie reicht, um eine ganze Stunde die Küchenraffel mit hundert Umdrehungen pro Minute in Schwung zu halten. Ich drehe, keuche und stöhne. «Sölltisch oppa iis es Bitzi mit dr Gable ga Misch zette, das gäbti de toll Müüs», meint meine Holde trocken, als sie, barmherzig wie sie ist, meiner schweisstreibenden Plackerei ein Ende setzt. Oh Wonne, die Schüssel ist gefüllt mit wunderbarem, selbst hergestelltem Paniermehl. Hörnli mit eigenem Paniermehl – «das isch ds Wunder». »Öpfelrööschi, Eierrööschi oder Bröchlisuppa oder...» Es gibt so viele Möglichkeiten, hartes Brot zu verwenden. Vergessen wir den Coup AHV nicht, hartes Brot im Kaffee «tünkle, (Gaffeebrocha)» und ein Stück Käse dazu, was für ein Festessen!

80'000 Tonnen hartes Brot

Soviel verschwindet jährlich in Deutschland im Abfall. Andere Quellen geben noch höhere Zahlen an. Da stockt mir der Atem. Das gibt's doch nicht. Wie ist es bei uns? Dabei verhungern weltweit Millionen von Menschen. Schreckliche Bilder im TV rauben mir den Schlaf. Kinder, die verzweifelt auf Müllhalden nach etwas Essbarem suchen. Ein Stück hartes Brot – diese Kinder wären glücklich.

Hartes Brot ist nicht hart – kein Brot, das ist hart! Frisches Brot stand bei uns zu Hause höchstens am Sonntag auf dem Tisch. Wir kannten hartes Brot, aber wir hatten wenigstens immer welches. Mutter sagte oft: «Frisches Brot ist zu teuer, gibt Magenschmerzen und ist viel zu schnell aufgegessen.»

Frisches Brot

Schon wandern meine Gedanken wieder in die Vergangenheit. – «Die Pausenglocke schrillt. Wie ein Orkan stürmen wir aus den Klassenzimmern, die Treppen hinunter zum Raum des Schulhausabwärts. Die Schule verteilte damals Pausenmilch und Brot. «Herr Lanz, e Mürggell!» Dieser Schlachtruf aus Dutzenden von hungrigen Kehlen lässt das alte Schulhaus erzittern. «Herr Lanz, e Mürggell!» Der gute Herr Lanz wird fast erdrückt. Herrlich frisches «Stäcke Brot» liegt bereit zum Verteilen. Dunkelbraun, knusprig. Die stärksten Buben ergattern sich das begehrte Brotstück, die kleinen «Giele u Modis» müssen mit den Scheiben dazwischen Vorlieb nehmen. Immerhin frisches Brot. Mein Freund, ein Hüne von Gestalt und mein persönlicher Bodyguard, kämpft sich wie ein Schlachtross durch die Meute. Und schon erscheint er triumphierend mit dem Objekt der Begierde. Ich Winzling bin glücklich und beisse genüsslich in meinen «Mürggell» (berndeutsch für Anschnitt).

Ich darf nicht daran denken ...

Wie viele Lebensmittel sind wohl über die Festtage im Abfalleimer verschwunden? Klar, vielleicht wird daraus ja Treibstoff, Bio-Gas, Strom oder Dünger oder was auch immer hergestellt. Vielleicht. Aber schon allein beim Gedanken über unsere verschwenderische Gesellschaft sträuben sich meine Nackenhaare. Wir leben

im Schlaraffenland und merken es nicht einmal. Auf der anderen Seite Flüchtlinge, Vertriebene, die an Hunger sterben, weil Hilfslieferungen einfach so verschwinden. Einfach so? Und in guten Treuen gespendetes Geld landet gewaschen bei etlichen, ach so menschenfreundlichen Staatsoberhäuptern, die davon in Saus und Braus leben und sich den Buckel krumm lachen. Einfach so. Die Ungerechtigkeit nimmt überhand. Düstere Zeiten kommen auf uns zu. Kriege noch und noch, Erdbeben, falsche Propheten, Verrat, Hass. Aber wir sollen bis ans Ende durchhalten, dann werden wir gerettet. So tröstet uns Jesus. Gottes Gedanken und Pläne übersteigen die des Menschen. Gott ist's, der regiert und sein Zepter führt. – Wir sitzen beim Zvieri. Meine Frau verteilt Brot und Schoggi. Der Grossbüebel erlöst mich von meinen düsteren Gedanken. – «Grosi, das isch ja herts Brot, das isch für e alt Esel!» Sagt's und beisst herzhaft in die Schokolade. Dumm nur, dass wir keinen Esel haben. Es sei denn... Er bringt mich wieder zum Lächeln, unser Enkel. So schön.

Viele Momente des Lächelns und ab und zu «e Bitz frisches Brot» wünscht Ihnen

Ruedi Ritschard

Spenden in WIR / Legate



WIR-Spenden senden Sie bitte an
EDU Schweiz,
Postfach, 3601 Thun

Ihr Legat (Verfügung im Testament) sichert die Werte-orientierte Tätigkeit der EDU.

Herzlichen Dank! Ihre EDU Schweiz



**40 Jahre
EDU**



«EDU-Standpunkt», die Monatszeitung zum politischen und christlichen Zeitgeschehen!

EDU+UDF

Edgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

**Ferien unter Gottes Wort
IM SCHÖNEN TOGGENBURG**
heimelige Pension in Hemberg
für Familien, Gruppen
und Einzelgäste

Tel. 071 377 15 85 www.missionshaus-alpenblick.com

E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Bertschinger ARBEITSLIFT



Afron SA-350, 500
Höhe: 3.5m bis 9.5m
Tragfähigkeit: 150kg

*Arbeiten in
Höhe war
noch nie so
einfach!*



Hydraulische Werkzeuge
Die Adi-Werkzeuge können an jedem Lift im Korb eingesteckt werden

Bertschinger ARBEITSLIFT

Hermikonstrasse 113
8600 Dübendorf

Tel 044 821 08 70
Mobile 076 507 40 80
info@arbeitslift.ch